

Das Chaos verstehen!

Versuch einer Zeitdiagnose aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie

Ein Projekt aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac

Vorbemerkung:

Der vorliegende Text ist Teil eines Diskussionsprozesses im Wissenschaftlichen Beirat von Attac, der zwei Jahrzehnte nach Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung versucht, die neuen Entwicklungen, die es seither im globalisierten Kapitalismus gibt, zu verarbeiten. Dabei liegt der Schwerpunkt auf jenen neuen Erscheinungen, die in der gesellschaftlichen Linken noch wenig analysiert und/oder kontrovers diskutiert werden. Die Intention ist also nicht, in enzyklopädischer Vollständigkeit alles zu erfassen, was zum Thema gehört, zumal es in vielen Bereichen viele gute Analysen gibt, wie z.B. zum Klimawandel oder zur sozialen Polarisierung. Auch haben wir nicht den Anspruch, alle „weißen Flecken“ angesprochen zu haben. So ist uns z.B. bewusst, dass unsere Sicht stark auf den westlichen Kapitalismus bezogen ist. Globalisierungskritik, die wirklich global denkt, ist derzeit noch ein Anspruch, dem wir uns aber zukünftig stellen wollen. Mit diesem Text geht es uns zunächst darum, ein Programm für die weiteren Arbeiten des Beirats zu skizzieren.

Entstanden in einem eintägigen Workshop und mehreren Telefonkonferenzen, reflektiert der Text das Bemühen der Beteiligten, neue Entwicklungen zu thematisieren und ihre Relevanz für eine Erneuerung der Globalisierungskritik zu prüfen. Unsere Hoffnung und Erwartung ist, damit Impulse für neu zu führende Diskussionen zu geben.

An dem Projekt beteiligt waren: Alex Demirović, Ulrich Duchrow, Andreas Fisahn, Birgit Mahnkopf, Thomas Sablowski und Peter Wahl.

1. Einleitung

Zeitdiagnosen werden heute von Krisenbewusstsein, Pessimismus, düsteren Prognosen und apokalyptischen Untergangsszenarien beherrscht – und das in fast allen politischen Lagern. Selbst führende Politiker und Politikerinnen, die eigentlich ein existenzielles Interesse daran haben sollten, sich als erfolgreich darzustellen und alles unter Kontrolle zu haben, äußern sich einschlägig. So bescheinigt z.B. der französische Präsident Macron nicht nur der mächtigsten internationalen Organisation, der NATO, den „Hirntod“, sondern spricht auch von „einer Welt am Rand eines Abgrunds“.¹ Andere gestehen nur indirekt die schwierigen Umstände ein, wenn sie davon sprechen, dass sie ihr Land wieder groß machen und ihm seine frühere Größe zurückgeben wollen.

Und in der Tat lässt sich nicht bestreiten, dass wir uns derzeit in einer außergewöhnlichen geschichtlichen Situation befinden. Wir haben es gleichzeitig mit mehreren Umbrüchen und mehrdimensionalen Krisenprozessen zu tun, die sich eigensinnig entwickeln, die aber als Momente der kapitalistischen Produktionsweise miteinander verbunden sind und die sich mehr und mehr zu einem großen Krisenzusammenhang (Stichworte: große Krise, Vielfachkrise, Zangenkrise) verdichten:

- In allererster Linie denken wir an die Klima- und Umweltkrise. Zu befürchten ist, dass bis zum Ende des Jahrhunderts die Lebensgrundlagen für große Teile der Weltbevölkerung zerstört werden und daher viele Menschen in andere, oft nicht weniger gefährdete Regionen wandern müssen. Doch auch in den reichen Staaten der OECD-Welt ist mit Verwerfungen und harten Konflikten zu rechnen, weil die vielfachen Krisendynamiken im gesellschaftlichen Naturverhältnis Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß treffen, weil es Konflikte um

¹ Interview in: The Economist, 7.11.2019. Online: <https://www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-warns-europe-nato-is-becoming-brain-dead>

Hilfsmaßnahmen geben wird und weil Produktionsstrukturen, Siedlungs- und Wohnformen, Mobilitätspraktiken, Ernährungs- und Lebensweise geändert werden müssen.

- Soziale Krisen gibt es in fast allen Ländern des kapitalistischen Zentrums, zunehmend auch in Schwellenländern, in den armen Ländern sowieso. Befeuert werden diese durch die sozialen Verwüstungen, die seit nunmehr fast vier Jahrzehnten durch den Neoliberalismus angerichtet werden. Doch trotz aller Proteste großer Bevölkerungsgruppen werden von den herrschenden Klassen nach wie vor neoliberale Strategien verfolgt: sie drängen auf Absenkung der Löhne und Arbeitsstandards oder Schwächung der Gewerkschaften, auf die Privatisierung der Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge *und* zum Abbau sozialstaatlicher Transferleistungen bei der Altersvorsorge, dem Gesundheitswesen oder der Bildung.
- Die Krisendynamik wird dadurch verstärkt, dass der Staat und die politischen Systeme selbst in eine Krise ihrer Problemlösungs- und Steuerungsfähigkeit sowie ihrer Legitimation geraten sind. Das trifft auch die Interessen der Herrschenden, die zunehmend mit Kontrollverlusten konfrontiert sind. In vielen Ländern kommt es zu politischen Pattsituationen, erweisen sich Entscheidungen oder Regierungsbildungen als schwierig. Mächtige Unternehmen und Wirtschaftsverbände bestimmen Entscheidungsprozesse bis in die unmittelbare Gesetzgebung hinein. Vielerorts sehen sich die Bevölkerungen von den Parteien und Parlamenten nicht mehr repräsentiert. Seit 2011 kommt es in vielen Ländern zu Protestbewegungen. Doch auch ein internationaler Trend zum Autoritarismus ist unübersehbar; er richtet sich vordergründig gegen die herrschenden Eliten, vor allem aber gegen Migranten, die Linke und emanzipatorische Bewegungen.
- So wie Demokratie gilt auch Öffentlichkeit als ein wesentlicher Mechanismus zur Bewältigung von Krisen. Doch erfüllen die klassischen Medien, also Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, ihre Funktion der Berichterstattung und demokratischen Willensbildung oft nicht mehr – weil ihre Abhängigkeit von Werbeeinnahmen, ihre Ausrichtung an den Vorgaben von Politik und Wirtschaft, aber auch schlichtweg betriebswirtschaftliche Sparmaßnahmen dies verhindern. Neue Medien wie Facebook, Twitter etc. vergesellschaften auf der einen Seite die weltweite Kommunikation, gleichzeitig schließen sie Individuen vielfach in Filterblasen ein und verstärken selektive und irrationale Weltansichten. Maßstäbe öffentlicher Willensbildung – Vernunft, Wahrheit, Transparenz, Zurechenbarkeit, gleichberechtigte Teilnahme - werden außer Kraft gesetzt. Empirisch kontrolliertes Wissen oder wissenschaftliche Argumentation werden auf eine bloße Meinung reduziert. Wissen wird zum Machtinstrument und deswegen auch durch beliebiges Nicht-Wissen ersetzbar. Dadurch verschwimmen die Grenzen zwischen rationaler Argumentation und Kommunikation als Machtinstrument.
- Zugleich haben sich im vermeintlich privaten Bereich die Geschlechterverhältnisse tiefgreifend verändert, heterosexuelle Orientierungen und die Ehe sind, obwohl sie weiterhin von der Mehrheit gelebt werden, durch andere sexuelle Orientierungen und unkonventionelle Lebensformen relativiert worden. Geschlechtsspezifische Diskriminierung und sexueller Missbrauch, sexistische Übergriffe und Gewalt kommen weiterhin verbreitet vor, doch werden sie immer öfter öffentlich skandalisiert, es bilden sich soziale Bewegungen, Gesetze werden geändert, die Behörden sensibilisiert.
- Gravierende Umbrüche resultieren aber auch aus den Veränderungen in den Wirtschafts- und Bevölkerungsstrukturen sowohl des globalen Nordens wie der Schwellenländer und der „Rest-Welt“. Durch Schaffung neuer Märkte und entsprechende Veränderung rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen, durch Verlagerung von Produktion und Dienstleistung, durch exorbitante Verbilligung von Kommunikation und Transportleistungen kommt es zur Bildung einer transnationalen Ökonomie. Damit einher gehen neue Formen kurz- und langfristiger Mobilität und Migration. Dies geschieht zwar vornehmlich als Süd-Süd-Migration, doch reicht der gewachsene Strom der Süd-Nord-Migration aus, dass in den reichen Ländern des hoch industrialisierten Nordens nicht nur die politischen Verwaltungen herausgefordert werden, sondern auch zunehmend Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu Tage treten.
- Parallel dazu vollzieht sich bei den Produktivkräften ein tief greifender Wandel, gemeinhin mit den Schlagworten *Dekarbonisierung* und *Digitalisierung* umschrieben. Klassische Industriebranchen verlieren ihre bisherige Bedeutung, oder stehen vor drastischen Veränderungen. Die Digitalisierung wird in einigen Ländern (am meisten im Globalen Süden) zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten führen, in anderen - etwa in Deutschland - eher eine weitere Spaltung der Arbeiterschaft befördern und die Prekarisierung der Lohnarbeit zur neuen Norm machen. Entwicklungen in der Gentechnik und in der Biotechnologie, von denen sich viele u.a. eine Lösung

der Ernährungsprobleme versprechen, könnten jedoch die Ernährungswirtschaft in hochproblematrische Bahnen lenken, weil sie die Subsistenzlandwirtschaft vor allem im Globalen Süden verdrängen, Schuldenabhängigkeit schaffen, die Qualität der Lebensmittel mindern und in Prozesse mit weitgehend unbekanntem Risiken führen. Folgenreich können auch die Gentechnologie und ihre Verbindung mit Informations- und Kommunikationstechnologien werden. Es wird möglich, in die DNA von Lebewesen einzugreifen und sie mit neuen smarten Technologien zu verbinden. Dies gilt auch für Menschen. Hybridlebewesen sind in greifbare Nähe gerückt. Veränderungen führen indes nicht nur zu Veränderungen in den gesellschaftlichen Beziehungen, in Arbeitswelt, Kultur und Lebensweise, sondern auch dazu, dass die Karten im Konkurrenzkampf des globalisierten Kapitalismus um Märkte, Rohstoffe, Einflussphären neu gemischt werden.

- Im Bereich der internationalen Politik gab es innerhalb eines historisch kurzen Zeitraums eine enorme Dynamik. Nach dem Fall der Mauer war eine Friedensperiode erwartet worden. Doch schnell zeigte sich, dass die USA und mit ihr die NATO ihren Machtbereich ausweiten wollten, weit bis an die Grenzen Russlands. Mit dem „Krieg gegen den Terror“ nahm der Westen in Anspruch, den Nahen und Mittleren Osten politisch und militärisch kontrollieren zu können. Der Kampf um politischen und wirtschaftlichen Einfluss führt vermehrt zu Konflikten um die Kontrolle von Meeren, Territorien, Rohstoffen. Geopolitische Machtpolitik wird zum dominanten Faktor im internationalen System, Rivalität und Konfrontation erhöhen die Kriegsgefahr. Waren nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus die USA als einzige Weltmacht übrig geblieben, so wird mittlerweile deren globale Vormachtstellung durch Multipolarität komplex überlagert. Die 500-jährige Epoche der Dominanz Westeuropas (und seit einem Jahrhundert seines nordamerikanischen Ablegers) über den Rest der Welt wird durch Staaten wie Russland, China oder Indien herausgefordert und scheint ihrem Ende entgegen zu gehen. Gleichzeitig lassen sich erhebliche Anstrengungen der USA erkennen, dies zu verhindern und ihre Vormachtstellung zu behaupten.
- Auch die EU würde heute nicht mehr als eine „normative Macht“ und als eine „Kraft des Guten“ bezeichnet werden, wie dies Ian Manners in den 1990er Jahren formulierte. Seit der Finanzkrise 2008 befindet sie sich in der Dauerkrise. Längst triumphieren auch hier geopolitische Interessen, während Erosionserscheinungen und zentrifugale Tendenzen, von denen der BREXIT nur die Spitze des Eisbergs ist, immer stärker werden.

1.1. Verunsicherung und Zukunftsangst

Es kommt also zu tiefgreifenden Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen und Gewohnheiten. Vieles verläuft chaotisch, weil Entscheidungen nicht getroffen werden, oder auch nicht klar ist, in welche Richtung diese gehen müssten. In dieser Situation, in der die Herrschenden wissen, dass es nicht so weiter gehen kann wie bisher, aber sie keine angemessenen Lösungsstrategien haben, oder sie nicht umsetzen können, neigen sie dazu, Probleme zu verbergen, sie unsachlich zu diskutieren oder falsche Ursachen zu nennen. Sie agieren selbst vielfach hysterisch und irrational und unter Rückgriff auf Autoritarismus, um ihre Machtpositionen zu erhalten.

Weil sie selbst kaum Orientierung bieten, sondern entweder reaktionär oder auf kurze Sicht handeln und Zukunftsperspektiven blockieren, ist es nicht verwunderlich, dass auch in großen Teilen der Bevölkerung Verunsicherung und oft auch Ängste um sich greifen. Viele Menschen sind ratlos und suchen nach Orientierung, die sie hoffen, in der Politik einer populistischen und nationalistischen Rechten zu finden, die viele Probleme leugnet und alles, was „anders“ ist, also die Identität des vermeintlichen Kollektivs bedroht, dafür verantwortlich macht. In dieser Orientierungskrise läge durchaus auch eine Chance für die gesellschaftliche Linke, wenn es ihr gelänge, ihre Alternativen hegemoniefähig zu machen. Weitere Ausarbeitung dieser Transformationsperspektiven und von Strategien, diese gesellschaftlich breit zu verankern, erscheint uns als ein wesentliches Ziel auch von Attac.

1.2. Der Globale Süden – besonders hart betroffen

In den Ländern des Globalen Südens, wo inzwischen die große Mehrheit der Menschen lebt, kommen alle diese Tendenzen in besonderer Brutalität zum Tragen, werden aber durch besondere Problemlagen noch einmal verstärkt: Die Folgen des Klimawandels treffen die tropischen Länder mit einer größeren Frequenz und Intensität von Extremwetterereignissen als jene in den gemäßigten Breiten. Es fehlen die materiellen und finanziellen Ressourcen, um auf Umweltdegradation und Nahrungsmittelmangel (u.a. verursacht von biblischen Heuschreckenschwärmen) adäquat reagieren zu können.

Die ohnehin größere Ungleichheit der Einkommen, Armut, Unterversorgung mit sauberem Wasser und Defizite an menschlicher Sicherheit, die eigentlich im Rahmen der *Sustainable Development Goals*“ bis 2030 ausgeglichen werden sollten, werden sich aller Voraussicht nach vertiefen und erweitern. Gleichzeitig müssen die meisten Länder Afrikas und Süd-Ost-Asiens damit rechnen, Arbeitsplätze (ergo Einkommensmöglichkeiten und Steuereinnahmen), die im Rahmen des von den internationalen Institutionen erzwungenen „export-led-growth“ in den letzten Jahrzehnten entstanden waren, durch die technologischen Entwicklungen der Digitalisierung resp. Automatisierung von Produktions- und Dienstleistungsprozessen wieder zu verlieren. Während Diagnose- und Behandlungsfortschritte, die in Biotechnologie und Medizin erwartet werden, mit Sicherheit nicht den Armen in den *Low/Middle-Income-Countries* zugutekommen werden und daher die Ungleichheit innerhalb dieser Länder wie gegenüber dem „reichen Norden“ eher noch vertiefen.

Es ist damit zu rechnen, dass das für die nächsten Jahrzehnte erwartete Bevölkerungswachstum nahezu ausschließlich in den großen Städten des globalen Südens stattfinden wird. Diese aber sind im Vergleich zu den ländlichen Regionen von noch größerer sozialer Ungleichheit gekennzeichnet und weisen neben den hochmodernen „Vierteln der Reichen“ immer größere Slums auf, ohne zureichende Infrastrukturen für die wachsende „Überfluss-Bevölkerung“. Das dürfte vermehrt zu Aufständen und Revolten führen. Alle diese Entwicklungen werden zum einen gewaltsame Konflikte hervorrufen und verschärfen und zum anderen die grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen (sowohl in Süd-Süd-, v.a. aber in Süd-Nord-Richtung) verstärken.

2. Zivilisationskrise und Krise(n) des Kapitalismus

Besonders bedrohlich sind die planetarischen Veränderungen in der Geo- und Biosphäre, die mit dem Begriff des *Anthropozäns* bezeichnet werden. Elmar Altvater, Jason Moore und Andreas Malm haben zeitgleich und unabhängig voneinander darauf hingewiesen, dass der Begriff *Kapitalozän* adäquater als der Begriff Anthropozän ist. Denn wir haben es nicht mit einem allgemeinen Menschheitsproblem zu tun, sondern mit Prozessen, die erst durch die kapitalistische Produktionsweise in den letzten Jahrhunderten ihre destruktive Wucht gewonnen haben. Die Natur wurde und wird auf eine Weise angeeignet und transformiert, welche die Zivilisation selbst infrage stellt. Naturbeherrschung schlägt in die unkontrollierbare Zerstörung der Lebensgrundlagen um. Die menschengemachte Klimaerwärmung, wird zur existenziellen Bedrohung allen Lebens, wenn es nicht zu einer Wende kommt.

Ein singuläres Charakteristikum dieser Bedrohungen besteht in der besonderen Qualität des Zeitfaktors und in ihrer weltumspannenden Reichweite. Zwar gab es auch schon früher Umwelt- und Naturkatastrophen, wie der Untergang der Maya-Kultur oder die Pest im Mittelalter. Aber sie waren regional begrenzt, und es gab trotz entsetzlicher Opfer ein besseres *Danach*. Das gilt auch für die politischen Katastrophen im „*Schlachthaus der Geschichte*“ (Heiner Müller): Kriege, Massaker, Völkermord, Faschismus. Wenn sich nach solchen Niederlagen für Humanität und Zivilisiertheit noch sagen ließ „*Die Enkel fechten’s besser aus!*“, so gilt das für die physikalischen, chemischen und biologischen Vorgänge in der Biosphäre nicht mehr. Mit beschleunigtem Tempo näher wir uns Kippunkten der biophysischen Systeme, die die Stabilität des Planeten über Jahrtausende garantiert haben. Sind diese Kippunkte erreicht – teilweise ist das schon der Fall oder könnte tatsächlich in wenigen Jahren der Fall sein - finden irreversible, das heißt durch Menschen nicht mehr aufhaltbare Veränderungen statt. Nach unserem Verständnis sind einige dieser Prozesse schon so weit fortgeschritten, dass sie sich nicht mehr aufhalten lassen, die Möglichkeiten dazu wurden vertan. Für die Zukunft kann es nur darum gehen, für eine Gestaltung einzutreten, die demokratisch erfolgt und langfristige Perspektiven einer ökologisch-nachhaltigen Umlenkung der Prozesse verfolgt.

2.1. Eine singuläre Zivilisationskrise

Seit den 1970er Jahren ist das Wissen von zunehmend desaströsen ökologischen Entwicklungen vorhanden. Dennoch folgte daraus kein angemessenes Handeln. Auch heute, da der Handlungsdruck und die Kosten exorbitant gestiegen sind, stehen die gesellschaftlichen Verhältnisse einer raschen und vor allem problemadäquaten Reaktion auf das Desaster entgegen, denn sie erlauben es nicht, eine gesamtgesellschaftliche Rationalität auszubilden. Die Erwartung, dass aus dem Streit und der Konkurrenz der Einzelinteressen sich hinter dem Rücken der Akteure oder durch Vermittlung des Staates am Ende und noch zur rechten Zeit so etwas wie ein vernünftiges Gesamtinteresse herausbilden könnte, halten wir für unrealistisch.

Dies erlaubt uns die Annahme, dass unsere Situation nicht durch eine Krise unter vielen anderen gekennzeichnet ist, wie sie der Kapitalismus immer wieder durchlief. Wir haben es mit einer Krise zu tun, die unserer Gegenwart einen singulären Charakter verleiht: Es geht um menscheitsgeschichtliche Weichenstellungen, die in einer kurzen Frist von wenigen Jahrzehnten vorgenommen werden müssen – und das zu einem Zeitpunkt, in dem die Welt durch Interessen und Spaltungslinien im Konflikt liegt. Als handlungsfähiger Akteur existiert **die** Menschheit trotz einiger - und durchaus umstrittener und von mächtigen Akteuren bekämpfter – Ansätze, wie der UNO, bislang nicht. Um die Krise zu überwinden, reichen die herkömmlichen Instrumentarien, die traditionellen Verfahren, Politik zu machen, nicht aus. Das gilt auch für Strategien, die nur nationalstaatlich oder sozial begrenzt sind.

Singuläre Zivilisationskrise heißt:

- Sie ist global und trifft die ganze Menschheit, wenn auch zunächst sozial, zeitlich und regional unterschiedlich und mit unterschiedlicher Intensität;
- Ihre Destruktivkraft nimmt bis auf Weiteres progressiv zu und ist gattungsbedrohend.

Auch wenn bereits in den frühen Hochkulturen der Stoffwechsel zwischen Natur und Gesellschaft gestört war, kam es mit der kapitalistischen Produktionsweise und der europäischen Eroberung der Welt zu einer exponentiellen Beschleunigung und Verstärkung. Wie schon oft und ausführlich dargelegt, hat die strukturell grenzenlose Dynamik der Kapitalakkumulation eine stoffliche Seite, die sich in wachsendem Ressourcenverbrauch, Abfall und Emissionen äußert – und sie hat vor allem eine energetische Basis: Sie ist und bleibt „*fossilistischer Kapitalismus*“ (Elmar Altvater). Insofern ist die Bezeichnung *Zivilisationskrise* aufs Engste mit der Krise der kapitalistischen Produktionsweise verbunden. Aber da diese heute in planetarischem Maßstab herrscht, bestimmt sie die zivilisatorischen Prozesse und mithin auch deren Krise.

Das bedeutet auch, dass eine Priorisierung oder zeitliche Abfolge im Sinne von „*erst die Klimakrise lösen, dann sich um den Kapitalismus kümmern*“ - oder umgekehrt, in der Praxis scheitert. Umweltkrise und Kapitalismus stellen eine Einheit dar.

2.2. Ist ein „grüner Kapitalismus“ möglich?

Eine der entscheidenden Kontroversen in der Debatte um die ökologische Krise dreht sich um die Frage, ob ein grüner Kapitalismus möglich ist. Dessen Anhänger sind überzeugt, durch eine Kombination aus marktwirtschaftlichen Instrumenten, kohlenstoffarmer Energieversorgung, intelligenter makroökonomischer Politik, einer (digitalen) Modernisierung der urbanen und industriellen Infrastrukturen, neuen Recycling-Techniken und einer Bepreisung und Kommodifizierung von bislang nicht monetär bewerteten „*Dienstleistungen der Natur*“ (richtiger: „*free gifts of nature*“, so Karl Marx) eine sozial-ökologische Wende einleiten zu können. Zusammen mit einer Beschleunigung technischen Fortschritts und freiwilliger Veränderungen im privaten Konsumverhalten soll dieser Instrumentenmix die Wirtschaft durch öffentliche Nachfrage stimulieren und Arbeitsplätze in den sog. Umweltindustrien sowie im Bereich der (freilich nicht CO₂-freien, wohl aber CO₂-ärmeren) öffentlichen Dienstleistungen schaffen. Im „Industriestandort Deutschland“ besteht auch die Erwartung, damit einen internationalen Wettbewerbsvorteil durch Technologieführerschaft erzielen zu können.

Etwas verkürzt lautet die Heilformel des grünen Kapitalismus, dessen Anhänger sich je nach parteipolitischer Couleur auf „grünes“ oder „qualitatives“ Wachstum berufen: Da die unheilige Allianz von Profitmaximierung und Konsumsteigerung ohne konfliktträchtige Eingriffe in die Eigentumsrechte nicht aufgebrochen werden kann oder nicht aufgebrochen werden soll, müssen unbedingt *win-win-Konstellationen* angestrebt werden.

Zudem ist die Diskussion auf wenige Branchen oder Technologien verengt. Doch alle großen Sektoren der kapitalistischen Volkswirtschaft sind klima- und umweltrelevant: Rohstoffgewinnung, Landwirtschaft, Bau, Produktion, Handel, Dienstleistungen und der Finanzsektor. Auch vermeintlich immaterielle Prozesse wie die Internetkommunikation können erheblich zur Störung des Metabolismus beitragen, da sie Energie und Rohstoffe benötigen.

Auffällig ist zudem, dass die scheinbar parteiübergreifende Bereitschaft zu einer „grünen Wende“ systemische Zwänge ausblendet, die die Hoffnung auf „grünes Wachstum“ infrage stellen. Ganz zu schweigen davon, dass Umfang und Zeitrahmen der avisierten Maßnahmen der doppelten Herausforderung von Umwelt -und Klimaschutz nicht gerecht werden:

- Auf der Ebene der **technologischen Entwicklungen** sind dies die verschiedenen *re-bound-* und *back-fire-Effekte*. Hinzu kommt, dass der technologische Fortschritt um vieles schneller ablaufen

müsste als dies in der Vergangenheit geschehen ist. Besonders riskant aber sind bei allen technischen Lösungen die „nicht-intendierten Folgen“ und die vielfältigen „trade-offs“ - also einander Zielkonflikte zwischen einander ausschließenden Ansätzen, die nur durch politische Entscheidungen gelöst werden können. Zu diesen „trade-offs“ gehören u.a. der im Vergleich zu fossilen Energieträgern ungleich niedrigere „*energy return on energy invested*“ von erneuerbarer Energie, aber ebenso der erhöhte Verbrauch an metallischen Rohstoffen und z.T. auch an Wasser, der für kohlenstoffarme Energie- und Wärmeerzeugung, Mobilität und Produktionsprozesse aufzubringen wäre. Hinzukommt, dass „grüne“ Energieträger im Wettbewerb mit „braunen“ strukturell insofern unterlegen sind, als die Infrastrukturen für Letztere bereits existieren, für die „grünen“ Hoffnungsträger aber erst kostenträchtig errichtet werden müssen. Allerdings folgt daraus keine grundsätzliche Weigerung, auch (neue) Technologien im Kampf um eine sozial-ökologische Transformation zu nutzen. Seit dem Faustkeil ist Technik ambivalent. Neben den Risiken hat Technik nun mal auch das Potenzial, „*die Mühsal der menschlichen Existenz zu erleichtern*.“ (Brecht, Das Leben des *Galileo*). Eine prinzipielle Technikfeindlichkeit, wie sie mitunter auch in linken Milieus zu finden ist, oder romantische Vorstellungen à la *Deep Ecology* sind keine Strategie zur Lösung der großen Krisen.

- Auch auf den **Märkten** herrschen systemische Zwänge, die in einem grünen Kapitalismus nicht überwunden werden können: Es gibt die ungebrochene Dominanz der großen Energieunternehmen und der von diesen abhängigen Industrieunternehmen. Kosten, die diesen durch eine „grüne Wende“ entstehen, lassen sich leicht „externalisieren“, etwa durch eine Verlagerung der Produktion. Daher müsste nicht nur der sogenannte Ökostrom weit schneller ausgebaut werden, als bislang geplant, es müssten schon aus rein wirtschaftlichen Gründen zugleich alle Kohlekraftwerke abgeschaltet und der Export von (subventionierter) Kohlefördertechnologie (aus Deutschland und aus Frankreich zumal) gestoppt werden. Zudem ist auch weiterhin damit zu rechnen, dass es im Rahmen des Zertifikate-Handels mit Emissionsrechten wieder zu „windfall profits“ für die Verschmutzer kommt.
- **Die Finanzmärkte** erzeugen einen hohen Druck auf das realwirtschaftliche Kapital, einen akzeptablen Profit zu generieren. Das geht nur durch eine Ausweitung der Produktion - egal welcher Güter. Zudem erzwingen die unregulierten Finanzmärkte eine Orientierung an kurzfristiger Profitabilität. Auch sind sie in aller Regel risikoscheu und bevorzugen den langsamen Wandel; sie werden daher eine ganz entscheidende Bremserrolle bei der ökologischen Restrukturierung der Volkswirtschaften spielen und auch den Ausbau arbeitsintensiver Dienstleistungen behindern. Hinzu kommt das Problem, dass die Regierungen in aller Welt budgetären Zwängen unterworfen sind und daher entweder nicht bereit oder nicht in der Lage sind, einen ökonomisch hinreichend großen Stimulus im Sinne des geforderten *Green Deal* zu erzeugen.

2.3. Systemische Grenzen des Kapitalismus

Als letztlich entscheidendes Hindernis für einen grünen Kapitalismus aber dürften sich die **systemischen Grenzen des Kapitalismus** erweisen: der Zwang zur Akkumulation, das Einsaugen von immer mehr lebendiger Arbeitskraft und – aufgrund wachsender Produktivität – die Erzeugung von immer größerem Output. Die Akkumulation von Kapital muss sich notwendig vergrößern. Wächst die Wirtschaft nicht, wird dies als Rezession und Krise wahrgenommen und es werden entsprechende Maßnahmen zur Stimulation des Wachstums ergriffen. Es ist daher nur konsequent, wenn Ursula von der Leyen in Davos die Spitzen des globalen Kapitalismus beruhigt: „*The European Green Deal is our new growth strategy.*“²

Außerdem sind alle ökonomischen Akteure gezwungen, die Kosten der Konkurrenten zu unterbieten oder aber neue Märkte zu erobern – und dies geschieht in der Regel durch mehr und nicht durch weniger physische Produktion und die ihr folgende Konsumption. Andere Wohlfahrtsparameter werden zwar diskutiert, aber sind bislang nicht durchsetzungsfähig.

Daher lässt sich mit einem grünen Kapitalismus vielleicht etwas Zeit gewinnen - gesetzt den Fall, dass die Wende tatsächlich sehr schnell (und nicht erst in den 2030er Jahren!) eingeleitet wird. Die

² European Commission. Keynote speech by President Von der Leyen at the World Economic Forum, Davos, 22 January 2020

Erfahrungen stimmen nicht optimistisch. Noch zeichnet sich nicht ab, dass es gelingt, alle notwendigen technischen, rechtlichen oder ökonomischen Entwicklungen zu synchronisieren. Doch selbst wenn, ist es doch nicht mehr als ein geringer Zeitgewinn. Solange Natur, Arbeit und Geld dem Marktmechanismus nicht entzogen werden, bleiben die auf Akkumulation gepolten Kräfte des Kapitalismus intakt.

Veränderungen im Lebensstil der „fliegenden“ und anderweitig massiv CO₂-emittierenden und „flächenaufzehrenden“ Klassen, zu denen in den reichen Industrieländern auch große Teile der Arbeiterschaft und noch größere Teile der für Nachhaltigkeit streitenden Zivilgesellschaft gehören, bleiben widerrufbar - sofern es sich um freiwillige individuelle Entscheidungen handelt. Auch weisen zahlreiche Praktiken nachhaltiger Lebensweise, beispielsweise die vegane Ernährungspraxis, ebenfalls „trade offs“ auf: Wenn Kuhmilch in großem Stil durch Milch auf der Basis von Mandeln, Soja, Kokos oder Hafer ersetzt wird, so hat auch dies unerwünschte „Nebeneffekte“, etwa das Bienensterben auf kalifornischen Mandelplantagen, die Rodung von Urwäldern in Indonesien und Brasilien für den Anbau von Kokospalmen und Soja, oder der enorme Flächenbedarf für den großflächigen Anbau von Hafer in europäischen Breiten. Um eine tatsächlich nachhaltige Lebensweise in den reichen Industrieländern zu realisieren, wäre bis Mitte des Jahrhunderts wohl eine Rückführung des Ressourcen-, Flächen- und Energieverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung auf das Niveau der 1970er und danach auf das der 1960er und 1950er Jahre von Nöten. Das aber wird sich als individuell zu verantwortende Lebensstiländerung nicht bewerkstelligen lassen, sondern verlangt nach massiven regulativen Eingriffen und ja, auch nach Verboten.

2.4. Gesellschaftliche Planung

Ohne einschneidende Eingriffe in den Marktmechanismus, das heißt, die Steuerung von Angebot und Nachfrage einzig über den Preis und insbesondere in den strategischen Schlüsselbereichen der Wirtschaft, kann eine sozial-ökologische Transformation nicht gelingen. Unumgänglich sind gesamtgesellschaftliche Steuerung und Planung, bei denen demokratische Prozesse von unten und demokratisch legitimierte Entscheidungen von oben miteinander verzahnt werden sollten.

Die nüchterne Wahrheit ist, dass die kapitalistische Produktionsweise trotz ihrer Erfolge nun ein Stadium erreicht hat, in dem sie das Leben nicht mehr erhält und verbessert, sondern zerstört. Daher stellt ein Kampf gegen Klima- und Umweltkatastrophen, der deren inneren Zusammenhang mit der kapitalistischen Form der Reichtumserzeugung meint ausblenden zu können, eine Reduktion von Komplexität dar, an der ein solcher Kampf notwendigerweise scheitern muss. Es wäre schön, wenn die Dinge einfacher lägen, aber wer vom Klima redet, kann vom Kapitalismus nicht schweigen. Aufgabe kritischer Gesellschaftsanalyse ist es, diese Zusammenhänge sichtbar zu machen und für die gesellschaftlichen Debatten zu popularisieren. Gefragt ist eine politischen Ökonomie einer sozial-ökologischen Transformation, die zugleich auf die Überwindung des Kapitalismus zielt.

3. Klima, Krieg und die Transformation des internationalen Systems

Es ist eine triviale Feststellung, dass die ökologische Krise nur durch internationale Kooperation zu bewältigen ist. Gegenwärtig aber geht der Trend immer noch in die entgegengesetzte Richtung. Geopolitische Rivalität, Sanktionspolitiken, Konfrontation und Konflikte nehmen zu und führen zu systemischer Instabilität in der internationalen Ordnung. Besonders gefährlich ist das Comeback der Atomkriegsgefahr.

3.1. Comeback der Atomkriegsgefahr

Die Kündigung der Rüstungskontrollverträge, zuerst des *ABM-Vertrags* durch die Bush-Administration 2002, die Kündigung des *INF-Vertrags* und des *Open Sky-Abkommens* durch die Trump-Administration 2019 und 2021 vermutlich des *New-START-Vertrags*³ schaffen im Verein mit technologischen Innovationen - militärischer Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Militarisierung des Weltraums, Hyperschallträgersysteme u.a. - eine explosive Situation. Es entsteht das Risiko, dass das strategische Gleichgewicht,

³ ABM = Anti-Ballistic Missile. Der Vertrag verbietet umfassende Raketenabwehrsysteme, weil damit die Zweitschlagskapazität neutralisiert werden kann.
INF = Intermediate Range Nuclear Forces (Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles). Der Vertrag verbietet die landgestützte Stationierung in Europa.
New START = (Strategic Arms Reduction Treaty), begrenzt Zahl der Langstreckenraketen und Sprengköpfe.
Open Sky Vertrag. Vertrauensbildende Maßnahme; erlaubt vereinbarte Aufklärungsflüge über dem Territorium Russlands und von NATO-Ländern.

d.h. die Fähigkeit, auch nach einem atomaren Angriff mit einem Zweitschlag den Gegner noch vernichten zu können, an einen Kippunkt geraten könnte. So abstrus und prekär dieses Gleichgewicht einerseits ist – mehrfach stand die Welt durch Krisen oder technische Pannen vor dem Abgrund – hat es auf der anderen Seite durch den gesamten Kalten Krieg hindurch einen Krieg zwischen den Nuklearmächten verhindert.

Ein Ende des Gleichgewichts würde die Atomkriegsgefahr dramatisch erhöhen. Donald Trump führt uns das Risiko vor Augen, was es bedeuten könnte, wenn ein unberechenbarer Psychopath mit Überlegenheitsfantasien über den Roten Knopf verfügt. Neben der Klimaerwärmung wird der *Nukleare Winter* wieder zur akuten Gefahr. Selbst ein regionaler Atomkrieg würde mit seinen Auswirkungen auf Klima, Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung usw. in wenigen Monaten eine planetarische Katastrophe hervorrufen. Bei einem Atomkrieg in der nördlichen Hemisphäre könnte die globale Durchschnittstemperatur für mindestens zehn Jahre sogar um 6 bis 8 Grad sinken. Zum Vergleich: In der letzten Eiszeit lag die tiefste Temperatur um 5 Grad unter der im 20. Jahrhundert.

Durch die Umbrüche und hier vor allem durch die Erosion der transatlantischen Beziehungen, ist eine Diskussion über einen Zugriff Deutschlands und/oder der EU auf Atomwaffen aufgebrochen. So fordert der Fraktionsvize der Union im Bundestag, Wadepuhl: „*Die Realität ist, dass wir eine atomare Abschreckung benötigen. Es ist in deutschem Interesse, dass wir auf die nukleare Strategie Einfluss nehmen können, die uns schützt. ... Deutschland sollte bereit sein, sich mit eigenen Fähigkeiten und Mitteln an dieser nuklearen Abschreckung zu beteiligen*“ (Tagesspiegel online, 02.02.2020). Abgesehen von der Illusion, dass eine eigene atomare Bewaffnung unsere Sicherheit steigern würde, hat schon die Diskussion fatale Folgen für die laufenden Auseinandersetzungen um die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen im Falle Nord-Koreas und des Irans.

Auch bei der konventionellen Rüstung ergeben sich durch neue Technologien neuartige Risiken. Vor allem die Digitalisierung führt zur Beschleunigung in allen militärischen Bereichen. Es gibt eine Tendenz zur Automatisierung aller Abläufe. Technisch möglich sind vollkommen autonome Systeme und Killerroboter. Schon schlägt das US *Air Force Institute of Technology* ein automatisiertes strategisches System auf der Basis von *Künstlicher Intelligenz* vor. Damit würden die Vorwarnzeiten bei einem nuklearen Angriff, die schon jetzt nur 30 bis 45 Minuten betragen, auf unter zehn Minuten schrumpfen. Auch Innovationen, wie Hyperschall-Trägersysteme, die in den USA, China und Russland entwickelt werden, haben das Potenzial, das strategische Gleichgewicht zu verschieben. Zudem nimmt die Militarisierung des Weltraums eine neue Qualität an. So hat Trump die US-Weltraumstreitmacht neben Army, Navy und Air Force zur eigenen Waffengattung erhoben. Hinzu kommen Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen, auf öffentliche Diskussionsforen und Institutionen (wie Verwaltungsvorgänge, Personaldaten, Wahlprozesse, Forschungseinrichtungen) oder Drohnenkriegsführung. All das führt dazu, dass die Grenzen zwischen konventioneller Kriegsführung, Aufstandsbekämpfung und Mord verschwimmen.

3.2. Nicht nur die Hardware

Neue Sicherheitsrisiken entstehen nicht nur aus den Veränderungen bei der militärischen Hardware. Eine fundamentale Rolle in konfliktiven Beziehungen spielen immer Vertrauen bzw. Misstrauen. Weil man dem Rivalen und Gegner alles Bösertige zutraut, erzeugt man bei sich selbst ein entsprechend großes Sicherheitsbedürfnis – und das geschieht spiegelbildlich auch auf der Gegenseite. Militärisches Denken ist daher immer von *Worst-Case-Szenarien* geprägt. Die Ungewissheit auf beiden Seiten steigt. Diplomatie und andere Formen der zwischenstaatlichen Kommunikation verlieren an Wert. Sicherheit schrumpft auf militärische Sicherheit zusammen. Es kommt eine Spirale in Gang, in der sich die verschiedenen Seiten immer weiter hochschaukeln. Das schlägt sich irgendwann dann auch in entsprechenden Militärdoktrinen nieder. Z.B. gehört ein atomarer Erstschlag bisher nicht zur Militärdoktrin des Kreml. Sollte sich aber das strategische Gleichgewicht zuungunsten Russlands verschlechtern, könnte sich das ändern.

In diesen Kontext gehört auch die Produktion von Feindbildern, in denen der potenzielle Feind in düstersten Farben dargestellt wird, während das eigene Lager der lichte Hort edler Werte ist. Solche manichäischen Weltbilder können dann bei Verschärfung eines Konflikts abgerufen werden, um die Massenloyalität im eigenen Lager zu sichern. Der Missbrauch von Auschwitz zur Rechtfertigung des völkerrechtswidrigen NATO-Kriegs 1999 gegen Jugoslawien durch den damaligen Außenminister Joschka Fischer ist ein Beispiel aus der jüngeren Geschichte.

3.3. Umbruch des internationalen Systems

Auch wenn es eine gewisse Eigendynamik von Militär und Rüstung gibt - vor allem durch die Profitinteressen der Rüstungsindustrie - so ist deren Entwicklung letztlich doch eingebunden in grundlegende politische Prozesse und nur in deren Kontext erklärbar. Andernfalls landet man bei Raketenzählerei und verhakt sich politisch in dem immer gleichen und sterilen „*Wer hat angefangen?*“

So ist das Comeback der Atomkriegsfrage nicht einem russischen Technologievorsprung oder einem skurrilen Einfall des US-Präsidenten zu verdanken. Angetrieben wird es von der Transformation des internationalen Systems. Bis jetzt dominierten die USA als Hegemonialmacht im imperialen Kapitalismus. Zwar werden die USA weiterhin militärisch, ökonomisch und politisch eine Supermacht bleiben, aber mit dem Aufstieg Chinas (und mittelfristig vielleicht auch Indiens) und der Renaissance Russlands als Großmacht gehört ihre Monopolstellung der Vergangenheit an.

Eigentlich läge in diesem Umbruch auch eine Chance zu einer gewissen Demokratisierung des internationalen Systems. Andererseits waren Auf- und Abstiegsprozesse im internationalen System aber immer auch besonders gefährliche Zeiten. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs ist dafür exemplarisch. Die alten Führungsmächte verteidigen ihre Position mit Zähnen und Klauen. Die aktuelle US-Außenpolitik wird davon schon seit Obamas Präsidentschaft geprägt. Die Aufsteiger wollen sich dagegen der etablierten Macht nicht länger unterwerfen. Reibungsflächen und Konflikte nehmen zu, die internationalen Beziehungen werden spannungsgeladen und konfrontativ.

Es geht dabei nicht nur um eine Neujustierung militärischer Macht und bekannter Einflusszonen. Es werden Rohstoffe für neue Technologien und Agrarflächen benötigt; es finden Konflikte um die Freiheit der Meere und Rohstoffe auf dem Meeresboden statt. Der Weltraum hat an Bedeutung gewonnen, weil die Kontrolle über die dort stationierten Kommunikations- und Überwachungssatelliten für die ökonomische, politische und militärische Überlegenheit notwendig ist. Absehbar ist auch Weltraumbergbau und Konflikte um Rohstoffabbau auf Mond und Mars - mit unübersehbaren ökologischen Folgen für das Ökosystem Erde durch eine industrielle Raumfahrt und die Zufuhr von großen Mengen extraterrestrischer Rohstoffe.

3.4. Die Rolle der EU

Auch die EU, die sich bisher im Windschatten der US-Hegemonie bewegte, ist von dem Umbruch massiv betroffen. Die Antwort, die die herrschenden Klassen darauf formuliert haben, ist der Rückgriff auf überkommene Konzepte, nämlich der Versuch, selbst Großmacht zu werden, inklusive des Aufbaus militärischer Kapazitäten für den weltweiten Einsatz. Ursula von der Leyen spricht von einer „*geopolitischen Kommission*“, der sie vorsteht und meint, die „*Sprache der Macht lernen*“ zu müssen. Ungeachtet der Frage, ob die Sehnsucht der EU nach Großmachtstatus überhaupt eine realistische Perspektive hat, kann man schon jetzt konstatieren, dass damit auf keinen Fall ein Beitrag zur Steigerung internationaler Problemlösungsfähigkeit geleistet wird. Im Gegenteil, Großmachtgehabe verschärft Spannungen und blockiert Kooperation.

Gleichzeitig absorbieren die internationalen Spannungen einen großen Teil der Problemlösungskapazitäten der Politik und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und relativieren so die großen Herausforderungen von Klima- und Umweltschutz, Gerechtigkeit und Demokratie. Außerdem führt es zu einer weltpolitischen Marginalisierung all jener Regionen, die nicht in der Lage sind, an den globalen Hegemonialauseinandersetzungen zu beteiligen. Besonders drastisch wird dies an Subsahara-Afrika sichtbar, das auf der internationalen Agenda kaum eine Rolle spielt.

3.5. Die Entrechtlichung der internationalen Beziehungen

Die Umbrüche im internationalen System schlagen sich auch in einer Entrechtlichung der internationalen Beziehungen nieder, die dem *Recht des Stärkeren* zu neuer Qualität verhelfen. Trump kündigt nicht nur Abrüstungs- und Handelsverträge, er steigt auch sukzessive aus der UNO und WTO aus. Nun sind die genannten Verträge kein Ausdruck gleichberechtigter Beziehungen. Selbst in der UNO haben die Vetomächte im Sicherheitsrat eine hervorgehobene Stellung. Die WTO und die Freihandelsverträge sind auch Instrumente, um die wirtschaftlichen Interessen des Nordens gegenüber dem Süden durchzusetzen. Und auch schon vor Trump wurde im Jugoslawien-Krieg, mit der Anerkennung des Kosovo, oder dem Irak-Krieg 2003 der Weg zur Erosion des Völkerrechts geebnet.

Natürlich müssen Staaten das Recht haben, Verträge zu kündigen, wenn sie die politische Richtung ändern. Trump steigt aber aus den Verträgen ausschließlich aus dem Grund aus, die Dominanz der USA gegenüber dem Rest der Welt zu sichern oder, aus seiner Sicht, wieder zu gewinnen. Dies verheimlicht er auch nicht. Unter diesem Vorzeichen erweist sich rückblickend die Verrechtlichung der

internationalen Beziehungen, insbesondere natürlich durch die UNO, als eine zivilisatorische Errungenschaft. Die Mächtigen standen unter dem Druck, sich an das vereinbarte Recht zu halten. Auch wenn das Recht im Großen und Ganzen ihren Interessen nicht schadete, ist mit ihm eine gewisse Berechenbarkeit verbunden, die in den internationalen Beziehungen heute verloren gegangen ist.

3.6. Herausforderungen an emanzipatorischen Internationalismus

Die Transformation des internationalen Systems zwingt dazu, sich in der neuen Welt-Un-Ordnung orientieren und verhalten zu können. Im Gegensatz zur relativen Übersichtlichkeit im bi-polaren System des Kalten Krieges ist die Situation weitaus komplexer. Sie stellt erhöhte Anforderungen an Analyse und Strategie. Mit einfachen Maximen kommt man nicht mehr weit.

Sich prinzipiell und dauerhaft auf die eine oder andere Seite zu schlagen, wie dies im Kalten Krieg üblich war, ist genauso problematisch geworden. Aber auch Äquidistanz ist keine Lösung. Nach der Devise „*Alles Gauner außer Mutti!*“ gibt sie den Anspruch auf, die Realität im internationalen System erkennen zu können und kapituliert vor der Analyse von Ursachen, Wirkungen und Wechselwirkungen, Kräfteverhältnissen, ungewöhnlichen Interessenskonfigurationen etc. Sie verschanzt sich stattdessen hinter einem abstrakten Prinzip. Damit verschenkt sie jedoch Eingriffsfähigkeit in die konkreten Auseinandersetzungen im internationalen System.

Besonders schwierig für eine progressive Außenpolitik ist auch das Spannungsverhältnis zwischen emanzipatorischen Wertvorstellungen wie Menschenrechten und Demokratie auf der einen Seite und auf der anderen Seite Frieden, Kooperation, Völkerrechtsprinzipien wie Souveränität, Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder und Multilateralismus. Das betrifft auch die Klimabewegung. Wie geht man z.B. mit Saudi-Arabien, einer brutalen Diktatur mit mittelalterlichen Zügen um, das aber als großer Ölproduzent und CO₂-Emittent zugleich ein Schlüsselland für die *sozial-ökologische* Transformation ist? Hier liegen ungelöste Fragen, wenn nicht sogar Dilemmata. Dennoch führt kein Weg daran vorbei, sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Alles in allem muss man am Schluss dieses Kapitels das Fazit ziehen, dass der Kampf gegen die Klima- und Umweltkatastrophen nicht zu trennen ist von den Fragen von Konflikt, Krieg, Militär und der Dynamik des internationalen Systems. Eine realistische Umweltpolitik kommt deshalb nicht darum herum, für Kooperation, Multilateralismus, Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung einzutreten. Dies erhöht die Komplexität einer angemessenen Strategie um eine weitere Dimension. Aber, ob es uns gefällt oder nicht, die Zeit einfacher Lösungen, so es sie denn je gab, ist vorbei.

4. Krise der Demokratie

4.1. Verfallstheoreme und Maßstäbe

Die politischen Umbrüche in vielen OECD-Staaten seit der Finanzkrise 2008 – Aufstieg rechter Parteien, Krise der Sozialdemokratie und zunehmend auch der Konservativen, Stagnation der Linken – werden als Verfallserscheinungen einer Demokratie gedeutet, die davor angeblich funktioniert habe. Tatsächlich aber wird die Krise der Demokratie schon seit Agnolis und Brückners Schlüsselwerk über die „Transformation der Demokratie“ (1967) diskutiert. Prägend für die Diagnose einer erneuten Krise der Demokratie wurde der Begriff der Postdemokratie von Jacques Rancière (1995) und dann von Colin Crouch (2004). Doch es handelt sich nicht um einen linearen Verfallsprozess, sondern eher um unterschiedliche Krisen in verschiedenen Konjunkturen der kapitalistischen Entwicklung.

Nach der Jahrhundertwende hat sich offenbar wieder etwas verschoben. Die Linke versucht, diese Verschiebungen mit Begriffen aus früheren Phasen zu erfassen, von *autoritärem Etatismus*, *autoritärem Staat* oder auch *Faschismus* ist die Rede. Allerdings unterscheiden sich die heutigen Formen der Staatlichkeit von früheren. Die autoritären, kapitalistischen Staaten der fordistischen Periode (vom Franco-Regime über Pinochet bis Marcos) gleichen dem gegenwärtigen Nationalchauvinismus von den USA über Orban bis Modi kaum. Die neoliberale Politik wiederum unterschied sich mit Blick auf die politischen Institutionen und die Beteiligung der Zivilgesellschaft von der fordistischen Periode.

Ein anderes Verfallstheorem lässt sich mit den Schlagworten *Überwachungsstaat*, *gläserner Bürger* oder *Sicherheitsstaat* fassen. Auch diese Diagnosen finden sich bereits seit Ende der 1960er Jahre. Hier geht es um das Verhältnis von Bürgern und Staat, also die rechtlich geschützte Sphäre der Bürger, wozu der Zugriff auf persönliche Daten gehört. Auch hier haben Verschiebungen stattgefunden, zunächst im Wechsel vom Fordismus zum Neoliberalismus.

Schließlich sind bei der Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie ökonomische und soziale Verschiebungen in der Gesellschaft einzubeziehen. Demokratie hat nicht nur liberale, kollektive Freiheitsrechte zur Voraussetzung, sondern ebenso ein Mindestmaß an sozialer Gleichheit, die durch die neoliberalen „Reformen“ jedoch massiv angegriffen wurde.

4.2. Von der repressiven Toleranz zum halbierten Rechtsstaat

In der neoliberalen Periode liberalisierte sich der Rechtsstaat teilweise, was aber nicht zu einer Demokratisierung führte, weil sich die nationalstaatliche Demokratie supra- und internationalen Verpflichtungen unterordnete, die als „Sachzwänge“ national zurückwirkten. Paradoxerweise entwickelte sich zur gleichen Zeit die reale parlamentarische und zivilgesellschaftliche Partizipation zu einer Demokratie der Mittelklassen. In der gegenwärtigen Phase gibt es autoritär-nationalistische und populistische Strömungen (etwa in Ungarn), die offen für eine „illiberale Demokratie“ eintreten, was bedeutet, dass die rechtsstaatlichen Garantien unterhöhlt, die Autonomie der Gerichte eingeschränkt und die Pressefreiheit angegriffen werden, die Voraussetzung der liberalen Demokratie sind. Autoritär-populistische Akteure treten für eine völkisch zu verstehende „direkte“ Demokratie ein, in der allein die populistischen Führer oder Führerinnen die relevanten Entscheidungen treffen. Neben diesen offensichtlich autoritären Politikformen finden sich Strategien, die die intermediären Beteiligungsformen zugunsten cäsaristischer „Bewegungen“ zerstören. D.h. die Parlamente und Parteien verlieren an Bedeutung, während Führungsfiguren wie Macron oder Kurz die Politik ohne nennenswerte Kontrolle und Beschränkung bestimmen. In der EU beobachtet man gleichzeitig einen autoritären Durchgriff auf die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, nicht nur der verschuldeten. Der Suchprozess nach einem neuen Akkumulationsmodell, das auch neue politische Regierungsformen hervorbringt, ist aber noch keineswegs abgeschlossen.

4.2.1. Liberalisierung in einigen Rechtsbereichen

Die Liberalisierung des Rechtsstaates in der neoliberalen Periode lässt sich insbesondere an Veränderungen der politischen Kultur festmachen. Die Lebensformen der Gesellschaft wurden vielfältiger. Die rigide Sexualmoral herrschte bis in die 1970er Jahre nicht nur in der Gesellschaft, sondern war mit Schwulenverfolgung, Strafbarkeit der „Kuppelei“ oder dem Bild von Ehe und Familie auch im Bürgerlichen Gesetzbuch bestimmend. Diese Verbote sind weitgehend beseitigt. Politisch war der fordistische Rechtsstaat durch einen rigiden Antikommunismus gekennzeichnet, der zu Parteiverboten und der strafrechtlichen Verfolgung von Kommunisten in Parteien oder „Vorfeldorganisationen“ führte. Die Ablehnung des NPD-Verbots durch das Bundesverfassungsgericht ist demgegenüber als Liberalisierung und nicht als neue Akzeptanz autoritärer Strömungen zu werten. Die ersten strafprozessualen Beschränkungen zum Zwecke der Terroristenbekämpfung stammen ebenfalls aus der fordistischen Periode.

Hier haben sich auch Ermittlungsmethoden entwickelt und erste Ansätze zur Datensammlung und -verknüpfung wurden herausgebildet. Der Neoliberalismus ließ – trotz der Bekämpfung der Gewerkschaften und dem Programm einer geistig-moralischen Wende - linke Dissidenz in vielen Alltagsbereichen in weit stärkerem Maße zu als der Fordismus. In einer Phase neoliberalen Regierens konnten Organisationen aus den sozialen Bewegungen auch direkt vom Staat gefördert werden oder in das Beratungsumfeld von Ministerien und Behörden gelangen. Doch gab es umfangreiche Beschränkungen; vor allem wurde die Linke und wurden linke Parteien, wurden antifaschistische und antirassistische Organisationen durchaus bekämpft. Die Hochschulen etwa säuberten sich selbst. Aber dahinter stand keine regierungsamtlich verordnete Strategie, sondern eher der Wille in der Selbstorganisationsgremien der Wissenschaften, neoliberale Handlungs- und Entscheidungsmuster durchzusetzen und mit den wissenschaftlichen Projekten der ‚68er‘ ein Ende zu machen, die als Ideologie denunziert wurden.

4.2.2. Informationelle und materielle Aufrüstung der Sicherheitsbehörden

Gleichwohl ist die Liberalisierung kein durchgehendes Merkmal des Neoliberalismus. Polizeien wurden umfassend aufgebaut und miteinander verzahnt. Vielfach wurden sie militärisch ausgerüstet und strategisch auf Bürgerkriegsszenarien und Aufstandsbekämpfung umgestellt. Informationelle Überwachung, polizeiliches Ausspionieren von Bürgern, Rechtsvertretern oder Journalisten, Überwachung des öffentlichen Raums und prädiktives polizeiliches Handeln wurden gängig. Die Sicherheitsverwahrung (die durchaus zu einer lebenslangen Haft führen kann) nahm in den vergangenen Jahren zu. Die informationelle Aufrüstung, die materiellen Strafverschärfungen wurden mit der organisierten Kriminalität begründet. Gleichzeitig kam es auch zu Liberalisierungen im Bereich „leichterer“ Straftaten wie Diebstahl oder

Körperverletzung und zu deutlichen Strafverschärfungen bei sexistischen Übergriffen oder Gewalt. Zusammenfassend könnte man von einer *repressiven Toleranz* sprechen, die das herrschende Bild prägte.

Daneben gab es – und das ist für den Rechtsstaat viel gefährlicher als einzelne Verschärfungen – Tendenzen der Sicherheitsbehörden, sich über geltendes Recht oder richterliche Urteile hinwegzusetzen, etwa bei dem Einsatz der Bundeswehr beim G8 Gipfel in Heiligendamm, der Kollaboration des Verfassungsschutzes mit dem NSU und der NPD und des BND mit der NSA.

4.2.3. Perspektive: Halbierter Rechtsstaat?

Verformungen des Rechtsstaates sind in vielen Staaten zu beobachten. Auch in anderen Mitgliedstaaten der EU finden Angriffe auf die Gewaltenteilung statt. Richter werden nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt, politisch kontrolliert, Gerichtsprozesse nach politischen Kriterien durchgeführt. Sehr weit ist die Entwicklung in Polen und Ungarn fortgeschritten. Die Datensammlung, die automatische Gesichtserkennung, die Zusammenführung von Daten, die den Sicherheitsbehörden auf der ganzen Welt zur Verfügung stehen, stellen die klassischen Formen staatlicher Akten und Überwachung, wie perfide sie auch in autoritären Staaten betrieben werden konnte (etwa durch die Stasi), weit in den Schatten. Sie können damit zu Instrumenten für eine Verfolgung und Diskriminierung werden, wie sie in der bisherigen Geschichte staatlicher Regierungstechnik unbekannt waren.

Die Türkei unter Erdoğan hat sich zu einem autoritären Staat entwickelt, in dem Parteien, Wahlen und Parlament mit Notstandsverwaltung, polizeilicher und justizieller Willkür und massiver Einschränkung der Meinungsfreiheit einhergehen. Das Regime zeigt Züge einer Präsidialdiktatur. So weit sind die Regime in Ungarn oder Polen bisher nicht gegangen. Man kann dort dennoch von einem halbierten Rechtsstaat sprechen. Orban bezeichnet das System selbst als „illiberale Demokratie“.

Den Kampf um die Justiz führt auch Trump, indem er auf der Ebene der obersten Gerichtsinstanzen gezielt konservative Richter einsetzt, um seine diskriminierende Politik gegenüber ethnischen Gruppen fortsetzen zu können, etwa die Einreiseverbote für Menschen aus muslimischen Ländern und die gleichsam regierungsamtliche Diskriminierung unterschiedlichster Gruppen bis hin zu Behinderten. Diese Form der Repression ist in Westeuropa noch nicht in dieser Schärfe zu beobachten, wenngleich sich die Flüchtlingsabwehr in den USA und der EU im Ergebnis wenig unterscheidet. In allen europäischen Staaten konnten in den vergangenen Jahren autoritäre Nationalisten bzw. Populisten beachtliche Erfolge verzeichnen (auch wenn sie – wie die FPÖ, der Front National,⁴ die Lega mit ihrem Vorsitzenden Salvini, die Freiheitspartei von Wilders - durchaus Niederlagen erfahren haben und nicht derart auf dem Durchmarsch sind, wie sie selbst behaupten). Es ist zu befürchten, dass ein Gewöhnungseffekt eintritt und diese Parteien als Teil des demokratischen Meinungsspektrums angesehen und als „regierungsfähig“ anerkannt werden.

4.3. Zwischen marktkonformer Demokratie, autoritärer Wirtschaftsregierung und gelenkter Demokratie

4.3.1. Marktkonforme Demokratie

Die Demokratie des Fordismus war anders als die neoliberale Variante am Kompromiss der Klassen orientiert. Das kontinuierliche Wirtschaftswachstum ermöglichte die – natürlich nicht proportionale – Beteiligung der unteren Klassen am Wohlstand. Damit wurde auch deren Zustimmung zum „sozialen Kapitalismus“ erreicht. Damit hatten Gewerkschaften einen vergleichsweise großen gesellschaftlichen und politischen Einfluss. Der sozialstaatlichen Integration entsprach eine politische Kooperation und gesellschaftliche Teilhabe auch der unteren Klassen.

Mit dem Neoliberalismus wurde dieses Arrangement aufgekündigt. Der Herrschaftsmodus wird umgestellt, die Spaltungen der Lohnabhängigen werden durch die zunehmend ungleiche Entlohnung und Beschäftigungsverhältnisse vertieft. Demokratie wird zur Demokratie der herrschenden Klassen und der Mittelklassen. Die Gewerkschaften verlieren durch die Umstellung der Produktionsweise, durch neue Unternehmensstrategien, durch Auslagerung, Finanzialisierung und das Vordringen des Dienstleistungssektors an Einfluss. Tarifvertragsbindungen zu unterlaufen, Gewerkschaften und Betriebsräte auszugrenzen oder Bemühungen, sie zu zerschlagen oder ihre Aktivitäten zu behindern, werden eine gängige

⁴ Neuerdings umbenannt in *Rassemblement National*

Praxis. Die „Großen“ des Neoliberalismus, die „digitalen“ Konzerne wie Amazon sowieso, aber auch viele kleine Unternehmen der New Economy verweigern die betriebliche Mitbestimmung.

4.3.2. Substanzverlust der Demokratie durch supranationale Einbindung

Gleichzeitig wird die Demokratie konstitutionell gegen Systemveränderungen abgeschottet, indem nämlich mit den EU-Verträgen die neoliberale Marktwirtschaft Verfassungsrang erhält. Die Demokratie verlor an Substanz, weil politische Richtungsänderungen kaum möglich sind. Sie scheitern an den Vorgaben der Europäischen Union. Hinzu kommen konstitutionell organisierte strukturelle Zwänge, Unternehmenssteuern zu senken und Sozialausgaben zu kürzen, bzw. über den Abbau der Sozialleistungen indirekt das Lohnniveau zu senken, indem ein Wettbewerbsstaat institutionalisiert wird.

Die nationale Politik wird in ihren Entscheidungsspielräumen beschränkt, sie unterliegt den rechtlichen Vorgaben der EU und den mittelbaren Sachzwängen, welche über die EU implementiert wurden. Sie wird damit in weiten Bereichen zur Symbolpolitik, wenngleich der Spielraum der Mitgliedstaaten unterschiedlich groß ist. Die starken Staaten wie die BRD können ihre Politik über die EU auch den anderen bis zu einem gewissen Maß verordnen. Das geschieht jedoch durch exekutivische Absprachen, durch die Dominanz der Regierungsvertreter im Rat der EU, sodass über diesen Weg eine Machtverschiebung von der Legislative auf die Exekutive stattgefunden hat. Der Verlust an Integration wird ausgeglichen zunächst durch die konstitutionelle Absicherung des Neoliberalismus. In Kauf genommen wurde, dass das untere Drittel der Gesellschaft nicht mehr beteiligt wird, beispielsweise nicht mehr zur Wahl geht. Damit wurde aber auch das Potenzial für eine Eruption geschaffen, die mit dem Aufstieg der autoritären Nationalisten und Populisten stattfand. Der Neoliberalismus baute die Demokratie marktconform um.

4.3.3. Autoritäre Wirtschaftsregierung der EU

Auf die Finanz- und anschließende Währungskrise der Jahre 2008ff reagierte die EU mit einer autoritären Wirtschaftsregierung. Die Troika diktierte insbesondere Griechenland große Teile der Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik, und zwar neben den Verträgen der EU und nur auf der Grundlage von Kreditverträgen, die durch zwischenstaatliche Abkommen geschaffen wurden. Darin war die Durchsetzung der Austeritätspolitik vorgegeben. Die EU arbeitet gleichzeitig daran, eine Kontrolle über die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu erlangen – auch das geschah teilweise neben den eigentlichen Institutionen der EU, etwa durch den Fiskalpakt. Über das *Europäische Semester*, das die Mitgliedsstaaten verpflichtet, ihre Haushaltsentwürfe der EU vorzulegen, wurde versucht, auch in Nicht-Krisenzeiten der EU die Kontrolle über die Finanzen der Mitgliedstaaten zu verschaffen. Damit wurden die Parlamente direkt und indirekt weiter entmachtet. Direkt, weil sie auch die Haushaltshoheit teilweise an die EU abgegeben haben. Indirekt, weil eine systematische Verlagerung von Entscheidungen hin zu Regierungen und weg vom Parlament stattgefunden hat, indem die wesentlichen Prinzipien in völkerrechtlichen Verträgen verankert wurden, denen die Parlamente nur zustimmen können, die sie aber nicht mehr ändern können.

Da inzwischen verschiedene Spaltungslinien durch die EU laufen: Nord gegen Süd und Ost gegen West, weil Deutschland und Frankreich wegen unterschiedlicher Leistungsbilanzen unterschiedliche Interessen haben, funktioniert die zentralisierte Kontrolle der Haushaltspolitik jedoch nur begrenzt. Es gibt schlicht zu viele Interessenskonflikte, als dass die EU noch wirklich funktionieren würde. Viele Entscheidungen fallen in informellen Verhandlungen und auf administrativer Ebene.

Das gilt auch für die „Flüchtlingspolitik“, die zunächst einen Baustein in Richtung Abbau des Rechtsstaates markiert. Das universelle Asylrecht und das universelle Recht auf Leben und Menschenwürde werden mit der Flüchtlingsabwehr eingeschränkt und Todesopfer in Kauf genommen. Auch hier unterscheiden sich aber die Staaten in der Rigorosität der Abwehr.

4.4. Perspektive gelenkte Demokratie?

Betrachtet man die Einzelstaaten, wird der Abbau des Rechtsstaates auch zu einem Problem für die Demokratie. Die autoritären Nationalisten und Populisten polarisieren die Gesellschaft, sodass Kompromisse nicht mehr möglich sind und der politische Konkurrent als Feind angesehen wird. Wenn Kompromisse und die Beteiligung der Opposition an Entscheidungen ausbleiben und diese gleichzeitig im politischen Wettbewerb diskriminiert wird, entwickelt sich das parlamentarische System weit weg von dem oben vorgeschlagenen Maßstab. Man kann deshalb die Entwicklungen in den meisten der östlichen Mitgliedstaaten der EU als *gelenkte Demokratie* bezeichnen, ein Begriff, der zur Bezeichnung des

politischen Systems Russlands dient. Trump verwendet zumindest auch das Mittel der Polarisierung und tendiert zur Verweigerung von Kompromissen. Die Resistenzen des US-amerikanischen Systems der Checks and Balances scheinen zwar größer zu sein als die der politischen Institutionen in den jungen parlamentarischen Systemen des europäischen Ostens. Doch machen die Aktivitäten von Donald Trump deutlich, wie schnell auch in einer etablierten parlamentarischen Demokratie die Verfassungsinstitutionen untergraben werden können, wenn es entsprechende Bestrebungen mächtiger Gruppen gibt.

Wo der autoritäre Populismus noch nicht in Regierungsämter aufgerückt ist, stellt er doch die parlamentarischen Systeme vor neue Probleme, Mehrheiten jenseits der überkommenen Lager oder Blöcke zu organisieren. Die neoliberalen Parteien haben (noch) keine Alternative zum autoritär-populistischen Umbau der Gesellschaft gefunden und die Konservativen schwanken zwischen einer Zusammenarbeit mit den Rechten und dem Versuch einer Konsolidierung durch einen *Green Deal*, der die Grünen einschließt. Die Alternative scheint Chaos in Form von instabilen Mehrheiten oder autoritär-populistischer Regierungsbeteiligung zu sein.

Die weitere Entwicklung lässt unterschiedliche Möglichkeiten offen. Eine Gefahr für die Demokratie geht absehbar von zwei möglichen Entwicklungen aus. Erstens – hier haben die Veränderungen schon begonnen – von der Macht der Internet-Konzerne, die inzwischen über Datenmengen verfügen, welche die der Staaten deutlich in den Schatten stellen. Diese Datensammlungen über jeden einzelnen User des Netzes können in politische Macht umgemünzt werden, indem sie für gezielte, politische Werbung und Manipulation eingesetzt werden. Der Einsatz von sog. *Social Bots* - also virtuelle Individuen, die von Software-Firmen oder quasi-militärischen Agenturen im Auftrag von Parteien oder staatlichen Akteuren im US-Wahlkampf oder für autoritär-populistische Hetzereien erzeugt werden - veranschaulicht bereits das große Potenzial der Manipulation demokratischer Willensbildung.

Umgekehrt schafft das Internet auch Chancen für die Demokratie, denn dass wenige Zeitungsverleger die öffentliche Diskussion bestimmen, ist ja keineswegs demokratischer, als die Möglichkeit eines Jeden, sich ein Forum im Netz zu verschaffen – man denke etwa an die „Nachdenkseiten“. Die neue Form des Umgangs, der Hassreden und Beleidigungen ist wohl weniger eine Frage des Mediums als der Desozialisierung der Menschen im neoliberalen Kapitalismus. Andererseits stellt die im Internet durch Facebook u.a. inszenierte Meinungsfreiheit – die uns alle zu aktiven Beteiligten der Werbeindustrie macht, die ständig kommunizieren müssen - eine Bedrohung der öffentlichen Willensbildung dar, wenn die öffentlich-rechtlichen Medien geschwächt und angegriffen werden, wenn Zeitungsredaktionen unter den politischen Druck ihrer Eigentümer geraten, wenn Journalisten verfolgt, eingesperrt und ermordet werden. Denn es ist gerade ein seriöser Journalismus, der Fakten recherchiert, Zusammenhänge erschließt und transparent macht, Gerüchte und Informationen überprüft, und so die Grundlagen für eine angemessene Willensbildung schafft.

In pessimistischen Szenarien ist vorstellbar, dass Klimawandel und Umweltzerstörung die Lebensbedingungen der Menschen so verändern, dass ein unbarmherziger Kampf um Ressourcen zwischen den Staaten und auch innerhalb der Staaten stattfindet. Beim Kampf um Wasser hat diese Entwicklung schon begonnen. Nach außen haben sich einige Staaten – allen voran die USA – schon auf den Weg der Entrechtlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen gemacht (s. Kapitel 3.5.). Wenn sich in zehn Jahren herausstellt, dass die Reduktions- und Umbauziele, die gegenwärtig gesetzt werden, nicht erreicht worden sind, wächst die Versuchung, Probleme im *Notstandsmodus* bearbeiten zu wollen. Ob in solch einer Situation Demokratie und Rechtsstaat im Inneren aufrecht zu erhalten sind, erscheint ausgesprochen fraglich. Es besteht dann auch die Gefahr, dass einige Gruppen auf brutale Repression zurückgreifen, um für sich Privilegien und Ressourcen zu erhalten – Anzeichen sind erkennbar, aber bisher ist das Dystopie. Schließlich kommt es auf die gesellschaftlichen Kämpfe an, die bestimmen, wie mit der Umwelt umgegangen wird und Ressourcen verteilt werden.

5. Subjekte der Transformation

Die gesellschaftliche Linke verfügt zwar in vielen Bereichen über mehr oder minder ausgearbeitete Zielvorstellungen und Programme, diskutiert aber nicht mit der gleichen Intensität darüber, *wie* diese Ziele erreicht werden können bzw. *wer* die Programme umsetzen kann. Die *Träger* gesellschaftlicher Veränderungen und Fragen der *Strategie* und *Taktik* bleiben häufig im Dunkeln – dies ist zumindest unser Eindruck hinsichtlich der Lage in Deutschland.

5.1. Klassenanalyse – ein alter Hut?

Klar ist, dass eine sozialökologische, die kapitalistische Produktionsweise überwindende Transformation nur durch Massenbewegungen und organisierte politische Kräfte mit der Unterstützung großer gesellschaftlicher Mehrheiten ins Werk gesetzt werden kann. Um zu bestimmen, welche Schritte und welche Bündnisse dafür notwendig sind, ist eine genaue Analyse der gesellschaftlichen Kräfte, der sozialen Gruppen, Klassen und Klassenfraktionen, der zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien notwendig, und zwar für jedes Land. Die pauschale Rede von einer *Multitude* hilft da nicht weiter. Die alte Klassenanalyse muss differenziert und neu gedacht sowie ergänzt werden durch eine Analyse der Geschlechterverhältnisse, der Migrationsbewegungen, der gesellschaftlichen Diskurse und der sozialen Bewegungen.

5.2. Die Linke und die Arbeiterklasse

Hier liegt eine zentrale Ursache für die seit langem konstatierte Krise der Linken. Während die Linke historisch ein Teil der Arbeiterbewegung war, scheinen heute viele Akteure, die sich im weitesten Sinne als Teil der gesellschaftlichen Linken verstehen, ein bemerkenswert äußerliches Verhältnis zu gesellschaftlicher Arbeit und zur Arbeiterbewegung zu haben. In einigen Fällen gelten die Interessen der arbeitenden Klassen heute in der gesellschaftlichen Linken als Interessen einer Gruppe unter anderen und die Gewerkschaften als eine soziale Bewegung unter anderen, die man berücksichtigen muss.

Will man die soziale Lage arbeitender Klassen heute ermitteln, müssen die – nicht zuletzt im Zuge der Globalisierung – völlig veränderten Verhältnisse in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion gesehen werden. Forderungen nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung oder nach der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens reagierten natürlich auf die durch fortschreitende Automatisierung und Produktionsverlagerungen wachsende Massenarbeitslosigkeit und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, aber diese Diskussionen blieben weitgehend abgekoppelt von der betrieblichen Erfahrungswelt der Lohnabhängigen, die sich der verschärften Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt sehen und auf eine Kette von Niederlagen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in den letzten Jahrzehnten zurückblicken.

Der Bezug zur Arbeiterbewegung muss allerdings in Rechnung stellen, dass die Gewerkschaften in ihrer Mehrheit bis heute keine offensive Antwort auf die veränderten Produktionsbedingungen gefunden, sondern vor allem mit *concession bargaining* reagiert haben: Um Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung zu erreichen, wurden zahlreiche Zugeständnisse bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen gemacht. Gleichzeitig wurden die Flächentarifverträge von Seiten der Unternehmen ausgehöhlt. Die vielfältigen Spaltungen zwischen Kern- und Randbelegschaften haben sich durch Outsourcing, die vertikale Desintegration von Unternehmen, die Auslagerung und Abwertung von Dienstleistungen und die Ausdehnung der verschiedenen Formen prekärer Beschäftigung vertieft. All diese Prozesse können hier nur schlagwortartig angedeutet werden.

5.3. Neue Klassenpolitik

Es bedurfte – absurd genug - erst des Aufstiegs der AfD in Deutschland, um die Linke auf das Problem ihres gebrochenen Verhältnisses zu Arbeiterinnen und Arbeitern zu stoßen. Es ist auch kein Zufall, dass Didier Eribons Buch „*Rückkehr nach Reims*“, in dem es um dieses Verhältnis geht, 2016, d.h. sieben Jahre nach dem Erscheinen der französischen Originalausgabe in Deutschland publiziert wurde. Dass ausgerechnet Menschen, die sich selbst bei Nachwahlbefragungen als Arbeiter oder Arbeitslose identifizieren, in den letzten Jahren überproportional zur AfD neigen, zeigt auch ein Scheitern der gesellschaftlichen Linken an.

Die theoretischen Defizite der Linken werden in der Diskussion über die neue Klassenpolitik deutlich. So werden sehr unterschiedliche Klassenbegriffe verwendet und Begriffe wie *Klasse*, *Schicht* und *Milieu* werden munter durcheinandergeworfen bzw. teilweise synonym verwendet. Dagegen kann eine Untersuchung der sozialen Situation und der unterschiedlichen Gruppen der lohnabhängig Beschäftigten, sowie die Analyse des Verhältnisses der so gewonnenen Ergebnisse zu der sie brechenden gedanklichen oder intellektuellen Verarbeitung und dem Habitus dieser Gruppen Anhaltspunkte liefern, wo und wie die gesellschaftliche Linke den Bezug zu den arbeitenden Klassen wiederherstellen kann. Das gelingt allerdings sicher nicht durch die Beschwörung fast ausgestorbener Begrifflichkeiten, die mit der Lebenswelt und dem Selbstbild der angeblich Angesprochenen wenig zu tun haben. Erforderlich ist vielmehr die Organisation gemeinsamer Interessen, die schon bei sozial homogenen Gruppen nicht automatisch entstehen und erst recht nicht bei einer ausdifferenzierten Lage der abhängig Beschäftigten.

Oben wurde schon angedeutet, dass auch von „Menschheitsproblemen“ wie der ökologischen Krise nicht alle Menschen in der gleichen Weise betroffen sind. Grob vereinfacht lässt sich sagen, dass das Klimachaos die Menschen in der kapitalistischen Peripherie härter und früher trifft als in den kapitalistischen Zentren, und dass es die beherrschten Klassen härter und früher trifft als die herrschenden Klassen. Aber es geht nicht nur darum, die Opfer der herrschenden Politik konkreter und differenzierter zu benennen, es geht auch darum, *wer* Interesse hat, *was* und *wie* zu verändern. Relevante Teile der Lohnabhängigen in Deutschland haben z.B. aus finanziellen Gründen kein Auto, oder unternehmen aus finanziellen Gründen keine Flugreisen, während sie gleichzeitig aufgrund schlechter Wohnlagen besonders unter Luftverschmutzung, Lärmbelastung, unter mangelnden Naherholungsgebieten, unter unzulänglichen und teuren öffentlichen Verkehrsmitteln leiden.

Dabei muss man davon ausgehen, dass wir es mit einer Vielfalt von Widersprüchen zu tun haben, die sich nicht aufeinander reduzieren lassen, auch wenn sie alle mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammenhängen. Dies ist auch für die Perspektive einer sozialökologischen Transformation bzw. für emanzipatorische Politik generell relevant. Klimaforschung und die Klimabewegung verweisen z.B. auf den hohen Zeitdruck, die globale Erwärmung noch bei 1,5°C oder 2°C zu stoppen – in der Regel ist damit eine Frist von wenigen Jahren gemeint. Doch viele Millionen Menschen in der kapitalistischen Peripherie wissen nicht einmal, was sie heute essen sollen. Und auch in Deutschland gibt es Millionen Menschen, die sich fragen, wie sie mit dem Geld bis zum Monatsende auskommen sollen. Der Zeitdruck und die Gründe für grundlegende Veränderungen stellen sich also für verschiedene Subjekte sehr unterschiedlich dar. Dies muss jede Politik, die auf eine Transformation der gegenwärtigen Verhältnisse zielt, berücksichtigen.

Auch das Verhältnis der Subjekte zur etablierten Politik – einschließlich der Politik von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Attac – ist sehr unterschiedlich. Eine Analyse der Aktiven von Attac würde z.B. ergeben, dass junge Menschen, Frauen, Arbeiter und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft stark unterrepräsentiert sind. Eine Analyse der Mitglieder und Funktionäre der Partei DIE LINKE würde das gleiche Resultat ergeben. So könnte man die Organisationen der Linken oder des progressiven Lagers der Zivilgesellschaft der Reihe nach durchgehen und würde sicherlich fast überall auf ähnliche Konstellationen und Probleme stoßen. Untersucht man den Diskurs und die Praxis dieser Organisationen, so wird man feststellen, dass sie z.B. Arbeiter auch kaum als Subjekte ansprechen – allenfalls beanspruchen sie, Politik *für* diese zu machen. Etwas vereinfacht und polemisch zugespitzt könnte man vielleicht sagen, dass die Politik großer Teile der Linken in Deutschland vor allem eine Politik eines „(neuen) Kleinbürgertums“ (Poulantzas) ist. Das gilt nicht nur für ihre Träger und deren Habitus, sondern auch für ihre Ausrichtung: Sie orientiert nicht auf die Selbsttätigkeit des Proletariats, sondern auf den Staat, der es richten soll; sie redet mehr von Umverteilung der Einkommen als von der Aneignung der Produktionsmittel durch die Lohnabhängigen; sie spricht nicht die Sprache der „einfachen Leute“; sie ist dort nicht präsent, wo diese leben; sie verwischt die Unterschiede zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen der Arbeit im privaten Sektor und in den Staatsapparaten usw. Solange das so bleibt, haben die Rechten leichtes Spiel und die Linke wird die notwendige sozialökologische Transformation nicht durchsetzen können.

6. Die gesellschaftliche Linke und die Krisen

Die gesellschaftliche Linke - nicht nur in Deutschland – diskutiert all diese Veränderungen. Doch bislang hat sie Probleme, die Situation in ihrer ganzen Tragweite zu verstehen und eine überzeugende Analyse der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen vorzulegen.

Denn Teil des allgemeinen Krisenzusammenhanges ist, dass auch die Linke in vielen Ländern schon seit geraumer Zeit in der Krise steckt. Noch immer ist sie damit beschäftigt, den Triumph der „neoliberalen Konterrevolution“ (Milton Friedman) sowie den Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa zu verdauen und sich in den daraus resultierenden ideologischen Labyrinthen zurechtzufinden. Doch längst steht sie zugleich vor analytischen und strategischen Herausforderungen, auf die sie bisher allenfalls bruchstückartige Antworten hat. Dass all die anderen Kräfte auch keine Antwort haben, kann dabei kein Trost sein.

Dabei gibt es einen Tsunami an Protestbewegungen, Revolten und Eruptionen des Volkszorns, der seit 2011 in immer neuen Wellen über die Erde rollt - von Algerien, Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien, USA über Hongkong, Türkei, Libanon, Iran, Irak, Bulgarien, Rumänien oder Tschechien bis zu den Frauenstreiks in Spanien oder der Schweiz, den *Sardinien* in Italien, den *Gilets Jaunes* oder den Protesten gegen die neoliberale Rentenreform in Frankreich, *Ende Gelände* und *Fridays for Future* in Deutschland u.a. Ländern. Bei aller Heterogenität - und auch vielleicht nicht immer einer emanzipatorischen

Zielrichtung - lässt sich in diesem Tsunami auch eine Renaissance der Massen als geschichtsmächtige Kraft erkennen. Die Plätze und die *Straßen* erleben eine globale Konjunktur – als Kampfplatz von ansonsten häufig vereinzelt Individuen, als Orte, an denen sich die Massen (oder in den Worten von E. Durkheim: die Gesellschaft) ihrer selbst ansichtig werden. Mit wenigen Ausnahmen spielt die Linke in diesen Bewegungen keine Rolle als orientierende und strukturierende Kraft, wie dies in den meisten Emanzipationsbewegungen des 20. Jahrhunderts der Fall war. Das ist insofern problematisch, als dadurch Vorschläge für emanzipatorische Alternativen selten vorgebracht werden. Die Bewegungen schwanken zwischen der Botschaft, dass die Politiker sie nicht repräsentieren und der pauschalen Aufforderung an die (herrschende) Politik, doch bitte endlich (irgendwie!) zu handeln und (irgendwelche) Lösungen zu finden.

Wir sind überzeugt, dass die Globalisierungskritik, wie sie seit den 1990er Jahren entwickelt wurde und vielfach mit den altermondialistischen sozialen Bewegungen verbunden war, vertieft und erweitert werden müsste. Angesichts einer Linken, die nicht nur von ideologischen und politischen Differenzen durchzogen ist, sondern auch in vielfache thematische *single issues* und *special interests* zerfällt, geht es um den Versuch, **das Ganze** zu denken, die Krisenprozesse in ihrem Gesamtzusammenhang zu erfassen und zu einer Veränderungsperspektive der Gesamtgesellschaft beizutragen.

Das wird nicht in ein paar Papieren gelingen, sondern nur in einem kollektiven Prozess, im Austausch mit anderen auch außerhalb von Attac. Wir werden kein *Manifest des 21. Jahrhunderts* vorlegen. Wir wissen auch um die Ambivalenz sog. *Großer Erzählungen*. Sie können einerseits viele Menschen hinter sich versammeln, wie dies die Vision des Sozialismus im 19. und 20. Jahrhundert tat, aber sie können auch die Neugierde und Lernfähigkeit begrenzen. Gegenwärtig geht es vor allem darum, die begriffliche Arbeit und den intellektuellen Suchprozess als Aufgabe zu begreifen, der zielgerichtet organisiert werden muss.

Und selbstverständlich zielt diese intellektuelle Arbeit auf praktische Eingriffe. Um nicht in die sterile Diskussion von *Reform und Revolution* zu verfallen scheint uns das Konzept *transformativer Eingriffe* vielversprechend zu sein.

6.1. Transformative Eingriffe

Transformativ heißt, dass durch Projekte mit Demonstrationseffekt die Wirkungsweise von Marktgesetzen eingeschränkt und stattdessen gesamtgesellschaftliche Interessen handlungsleitend werden. Transformativ heißt, Pfadabhängigkeiten aufzubrechen und Pfadverschiebungen zu ermöglichen, ohne dass gleich die ganz große Umwälzung damit verbunden sein müsste. Einige Ideen in dieser Richtung wären:

- Der Zusammenhang von Natur und kapitalistischer Produktionsweise muss immer wieder und systematisch an konkreten Fällen und Projekten offengelegt und erklärt werden, z.B. an einem Freihandelsvertrag wie dem gegenwärtig zwischen dem MERCOSUR und der EU ausgehandelten, am Beispiel der klimafeindlichen Effekte des Emissionshandels⁵ oder am Export von deutscher Anlagentechnik zum Bau von Kohlekraftwerken in Entwicklungs- und Schwellenländern;
- Es müssen Alternativprojekte mit transformativem Charakter *in den im Kapitalismus zentralen Bereichen von Eigentums-, Geld- und Arbeitsordnung* entwickelt und in entsprechenden Kampagnen popularisiert werden.

Transformativ hieße:

- Die Energieerzeugung nicht nur möglichst schnell und weitestgehend auf erneuerbare Energie umzustellen, sondern sie auch zu dezentralisieren und zu kommunalisieren;
- Das Lenkungspotenzial des Steuersystems in den Dienst der sozial-ökologischen Transformation zu stellen. Durch Steuergerechtigkeit oder soziale Ausgleichsmaßnahmen können damit zugleich die Verteilungskonflikte, die es unweigerlich geben wird, sozial abgefedert werden;
- Strukturen in der Gesundheitsversorgung zu schaffen, die Krankheitsvermeidung priorisieren, die Kliniken als öffentliche Infrastruktur einzurichten, die Privatversicherungen abzuschaffen und alle Menschen einheitlich für alle Risiken vollständig zu versichern;
- Die Teilprivatisierung der Bahn rückgängig zu machen, ein partizipatorisches Governance-Modell zu etablieren und einen Zehnjahresplan für die Verkehrswende umzusetzen;
- Im Finanzsektor, der für die Finanzierung der Transformation zu sorgen hätte, öffentliche Entwicklungsbanken zu etablieren und - verzahnt mit einer reformierten Zentralbank - die

⁵ So sinken z.B. durch den deutschen Kohleausstieg getreu den Marktgesetzen die Preise der Zertifikate im Emissionshandel, weil die Aussteiger sie nicht mehr nachfragen müssen. Die billiger gewordenen Zertifikate, und das sind Verschmutzungsrechte, können dann von anderen Emittenten, z.B. polnischen Kohlekraftwerken, günstig aufgekauft werden.

notwendigen Investitionen vorzunehmen. Gleichzeitig wäre der private Finanzsektor so zu regulieren, dass er nicht alle paar Jahre mit einem Crash in die *sozial-ökologische Transformation* dazwischenfunken kann.

Transformative Eingriffe wären auch im sozialen Bereich nötig. Dem Kapitalismus ist die soziale Polarisierung, die Spaltung der Gesellschaft in oben und unten, in soziale Klassen immanent, und auch im sozialen Bereich gibt es Kippunkte: etwa wenn sich Ernährungsmangel, gesundheitliche Risiken, Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut oder geringe kulturelle Teilnahme intergenerationell verfestigen;

Schließlich geht auch kein Weg vorbei an einer Debatte über bislang wohlstands- und wachstumsförderliche Industriesektoren, die zu schrumpfen hätten: Neben der Automobil- und Flugzeugindustrie sind dies Teile der Chemie- und Baustoffindustrie, selbst Teile des Maschinenbaus und ganz gewiss die chemiebasierte Landwirtschaft. Das schließt kontroverse Debatten auch innerhalb der Linken mit ein.

In manchen Bereichen werden vielversprechende Ansätze für transformative Reformen auch schon heute verfolgt. Die Politisierung der Wohnungsfrage in Berlin ist ein Beispiel dafür. Allerdings fehlt es an einer auch von den Trägern solcher Reformprojekte subjektiv erfahrbaren Integration in ein übergreifendes gesellschaftliches Gesamtprojekt und die damit verbundene Zukunftsperspektive. An mehreren gesellschaftlichen Bereichen ansetzend und bewusst als Gegenprojekt zum grünen Kapitalismus konzipiert, könnte es eine kumulative Wirkung entfalten. Ein weiterer positiver Effekt dieses Ansatzes wäre, dass er linke Kräfte bündelt, Zersplitterung reduziert und Motivation freisetzt.

Dafür müssen Räume, Plattformen u.a. geeignete Instrumente dafür geschaffen und Ressourcen bereitgestellt werden. Das meint nicht nur Geld, sondern auch Zeit, Motivation und Sachkompetenz.

6.2. Nächster Schritt

Nach Diskussion des vorliegenden Papiers im Beirat schlagen wir als nächsten Schritt eine Tagung vor, in der die Diskussion fortgesetzt und vertieft wird. Dazu sollte ein joint venture mit Partnern auch außerhalb von Attac angestrebt werden.

Berlin, Bielefeld, Frankfurt/M., Heidelberg, Worms - im Februar 2020